Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Anzeigenpreise im **Innenteil:** Umfang ganze Seite 360 viergespaltene Petitzeilen. Mitgliederpreis: Die Zeile 0.25 ℳ, 1/1 S. 70.— ℳ, 1/2 S. 39.— ℳ, 1/4 S. 20.— ℳ. Nichtmitgliederpreis: Die Zeile 0.50 ℳ, 1/1 S. 140.— ℳ, 1/2 S. 78.— ℳ, 1/4 S. 40.— ℳ. — **Illustrierter Teil:** Mitglieder: 1. S. (nur ungeteilt) 140.— ℳ. Übrige Seiten: 1/1 S. 120.— ℳ, 1/2 S. 65.— ℳ, 1/4 S. 35.— ℳ. Nichtmitgl. 1. S. (nur unget.) 280.— ℳ. Übrige S.: 1/1 S. 240.— ℳ, 1/2 S. 130.— ℳ, 1/4 S. 70.— ℳ. (Kleinere als viertelf. Anzeigen sind im III. Teil nicht zulässig.) Mehrfarbendr. nach Vereinbarung. Stellengesuche 0.15 ℳ die Zeile, Chiffre-Gebühr 0.75 ℳ. **Bestellzettel** für Mitgl. u. Nichtmitgl. d. J. 0.35 ℳ. Bundsteg (mittelste Seiten durchgehend) 25.— ℳ Aufschlag. Rabatt wird nicht gewährt. Platzvorschriften unverbindl. Rationierung d. Börsenblattraumes, sowie Preissteigerungen, auch ohne besond. Mitt. im Einzelfall jederzeit vorbeh. — Beiderseit. Erf.-Ort: Leipzig.
Bank: ADCA, Leipzig — Postsch.-Kto.: 13463 — Fernspr.: Sammel-Nr. 70856 — Tel.-Adr.: Buchbörse

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 290 (N. 164). Leipzig, Sonnabend den 12. Dezember 1925. **92. Jahrgang.**

Redaktioneller Teil.

Bekanntmachung.

Dem Börsenverein wird mitgeteilt, daß die Firma

Gebr. Garnade, Leiden-Delft,

beim Verkauf aus Deutschland bezogener neuer Bücher, im besonderen wissenschaftlicher Werke, die Ladenpreise nicht innehält. Wie schon aus unserer im Börsenblatt Nr. 54 vom 5. März 1925 abgedruckten Bekanntmachung hervorgeht, ist die Firma von der Vereeniging ter bevordering van de belangen des Boekhandels ausgeschlossen und gesperrt worden.

Leipzig, den 8. Dezember 1925.

Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Dr. Heß, Generaldirektor.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

Auf die Besprechungen in Locarno ist die Ratifizierung in London gefolgt, nachdem der Reichstag sein Plazet erteilt hatte. Die allgemeine wirtschaftliche Lage zeigt aber so gut wie gar keine Veränderung. Eine Besserung ist auf keinen Fall feststellbar; eher schon kann man von einer weiteren Verschärfung sprechen. Die einzige greifbare Wirkung der Paktfrage liegt vorläufig innerhalb Deutschlands lediglich in der Regierungskrise vor, die für die Wirtschaft deswegen so bedenklich ist, weil sie die Gefahr der Rückkehr zu einem wirtschaftspolitischen Kurs in sich birgt, der die Befriedigung sozialer Wünsche für dringlicher hielte als die Sanierung der Wirtschaft und sich jene zu lösen zutraute, ohne auf die letztere Rücksicht zu nehmen. Daß ein solcher Versuch jedoch nur mit dem Zusammenbruch enden könnte, ist für jeden denkenden Wirtschaftler wohl von vornherein klar. Angesichts der Alarmzeichen von allen Seiten darf es im Augenblick nur eine Losung geben, vor allem andern nämlich erst einmal die Wirtschaft wieder stark und lebensfähig zu machen. Gerade soziale Fürsorge kann doch auf die Dauer nur eine gesunde Wirtschaft leisten. Die vorläufig noch immer Überschüsse ausweisenden Zahlen der Finanzgebarung des Reiches dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon heute kaum noch die Mittel für die Befriedigung aller Wünsche vorhanden sind. Ein großer Teil der Steuereinnahmen steht lediglich auf dem Papier. Man wird schwerlich diese gestundeten Beträge ohne Abzüge eintreiben können, jedenfalls nicht in kurzer Zeit. Im Etat kann mit den Summen nur hypothetisch gerechnet werden. Wollte man rigoroser vorgehen bei der Eintreibung, so würden sich die Verluste nur vergrößern. Denn die gegenwärtige Krise ist ja zum größten Teil durch die Steuerschröpfung verschuldet. Es ist auch allein mit dem Erlaß der gestundeten Beträge nicht etwa geholfen. Die Tarife sind zu hoch. Sie verhindern die Kapitalbildung und verewigen das Elend, wenn nicht hier an der Wurzel Abhilfe geschaffen wird. Nicht umsonst wiesen Ende November die an der Berliner Börse amtlich notierten 885 Aktienwerte nach einer Zusammenstellung der »Commerz- und Privat-Bank« folgenden Kursstand auf:

					Vormonat	
Unter 50%	d. Goldp.	411	Werte	= 46,4%	(36,9%)	d. Ges.-Zahl
von 50 bis 75%	„ „	255	„	= 28,9%	(31,7%)	„ „
„ 75 „ 100%	„ „	123	„	= 13,9%	(17,6%)	„ „
„ 100 „ 150%	„ „	87	„	= 9,8%	(12,8%)	„ „
über 150%	„ „	9	„	= 1,0%	(1,0%)	„ „

Hiernach standen auf. und über Parität nur noch 10,8% aller Werte gegenüber 13,8 % im Vormonat. Bemerkenswert ist weiterhin, daß bei 63 Werten überhaupt kein Kurs zustande kommen konnte. Die Zahl der Erwerbslosen stieg allein in der ersten Hälfte des Monats November um rund 30%. Deutlicher noch prägt sich die herrschende Kreditkrisis und Kapitalnot in den Konkursziffern aus. Nachdem bereits im Oktober eine starke Steigerung der Konkurseröffnungen stattgefunden hatte (September 896, Oktober 1152), hat sich nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift »Die Bank« die Steigerung im November in unverminderter Stärke fortgesetzt und die Rekordhöhe von 1344 neueröffneten Konkursen erreicht. Auch die Geschäftsaufsichten zeigen diese stark steigende Tendenz. Es sind verhängt worden: im September 452, im Oktober 599, im November 921 Geschäftsaufsichten. Allem dem gegenüber will es wenig besagen, daß der Reichslebenshaltungsindex im Durchschnitt des Monats November um 1,5% gegen den Vormonat zurückgegangen ist (von 143,5 auf 141,4). Schwerlich ist auch von dem Angebot der Reichsbank, die Kreditkontigentierung zu lockern, wesentliche Besserung zu erwarten. Die Kreditmöglichkeiten sind in der letzten Zeit gar nicht mehr voll ausgenutzt worden, ein Zeichen dafür, wie blutleer unsere Wirtschaft bereits ist. Mit Kredit ist unter diesen Umständen dann nicht mehr allein zu helfen. Darin läge teilweise sogar die Gefahr, daß der Gesundungsprozeß verzögert würde. Die Kreditgewährung darf jedenfalls nur mit höchster Vorsicht gehandhabt werden. Es bleibt also vielmehr dabei, daß Voraussetzung für den Umschwung doch erst eine Besserung der weltwirtschaftlichen Lage ist.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Bedeutung, daß Dr. Schacht in einer seiner letzten Reden als mit das wesentlichste Problem die Stabilisierung der noch nicht sanierten europäischen Währungen bezeichnete. Es handelt sich dabei in erster Linie natürlich um Frankreich und Italien. Die Belastung der Weltwirtschaft durch das letztere ist nicht so besonders groß, wenn auch störend genug. Drückend aber ist vor allem das französische Valutadumping; denn Frankreich ist sowohl hinsichtlich seiner Rohstoffbasis (nicht zuletzt dank deutschen Reparationsleistungen und Gebietsverlusten) wie seiner Ernährung unabhängiger. Auf die Dauer freilich kann sich Frankreich nicht immer wieder mit neuer Inflation weitere Exportprämien schaffen. Wenn auch bei der günstigen Lage und dem geringeren Inflationsgefälle die Gefahr des Ausverkaufs kleiner ist als früher bei uns, vorhanden ist und bleibt sie. Das weiß man in Paris sehr wohl und ist deshalb zur Sanierung grundsätzlich bereit. Sie kann aber nicht erreicht werden ohne Be-